16.07.2019

DR. HUBERTUS KNABE

Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus

Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR

In den 1980-er Jahren befassten sich westliche Sozialwissenschaftler intensiv mit dem Aufkommen der Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung – den „neuen sozialen Bewegungen“, wie sie genannt wurden. Allerdings richteten die Forscher ihr Augenmerk ausschließlich auf westliche Gesellschaften. Der Aufsatz versucht, den Erklärungsansatz erstmals auch auf die DDR zu anzuwenden.

In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40. Jahrgang 1988, Heft 3, S. 551-569

II. Berichte und Diskussionen

NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN IM SOZIALISMUS

Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR[1]

Von Hubertus Knabe

Protestbewegungen und alternative politische Orientierungen in den entwickelten westlichen Industriestaaten sind seit einigen Jahren Gegenstand einer kaum noch zu überblickenden Fülle an empirischen Untersuchungen und theoretischen Analysen, die in ihnen, von vergleichenden Ansätzen untermauert, eine allgemeine Erscheinung der modernen Industriegesellschaft erblicken. Die Mehrzahl der Autoren ist sich trotz aller Unterschiede bei der konkreten Interpretation darin einig, daß es sich bei diesen Erscheinungen um einen neuen Typus von Bewegungen handelt, die, oberhalb nationalspezifischer Bedingungen, einen gemeinsamen inneren Problemzusammenhang besitzen: Sie gelten als Resultante und Antipode des dominanten Modells industriell-technischer Zivilisation auf unserem Erdball. Die Kernaussagen dieser Forschungsergebnisse wurden nach anfänglicher Abwehr auch von den Sozialwissenschaften der sozialistischen Staaten übernommen, die den neuen nicht-proletarischen Massenbewegungen inzwischen eine wichtige Rolle als Subjekt im „Kampf gegen den Monopolkapitalismus" zuerkennen (Knabe 1987a, S. 3–13).

Versuche der an der westlichen Bewegungsforschung beteiligten Sozialwissenschaftler, ihre Erklärungsansätze auf sozialistische Systeme zu übertragen, hat es bislang jedoch nicht gegeben. Dies ist insofern verwunderlich, als namentlich in der DDR auf den ersten Blick eine Reihe von Affinitäten auszumachen wären – sowohl, was den Problemhorizont betrifft, als auch in Bezug auf Formen und Inhalte alternativer politischer Orientierungen, wie sie zuletzt im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Ostberliner Umweltbibliothek in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerieten. Umgekehrt hat sich aber auch die traditionelle DDR- und Osteuropaforschung an einer theoretischen und empirischen Erfassung der neuen Phänomene bisher weitgehend desinteressiert gezeigt, was an ihrer Fixierung auf die Analyse der politischen Macht und der ökonomischen Prozesse liegen mag. Angesichts der weitreichenden Auswir-

1 Der vorliegende Aufsatz ist eine überarbeitete Fassung eines schriftlichen Referates für die 5. Arbeitstagung des „Erlanger Arbeitskreises zur Deutschlandpolitik" vom 29.10.–1.11.1987 in Egloffstein. Die ursprüngliche Fassung soll in einem von Clemens Burrichter, Wilfried von Bredow und Karl-Heinz Ruffmann herausgegebenen Tagungsband erscheinen.

kungen, die der gegenwärtige Modernisierungsprozeß in westlichen Industriegesellschaften hervorgerufen hat und als deren Ausdruck und Katalysator die neuen sozialen Bewegungen (im weiteren: NSB) gelten können, macht es jedoch durchaus Sinn, danach zu fragen, ob sich hier für sozialistische Systeme langfristig eine ähnliche Herausforderung auftut.

Die folgenden Überlegungen können nur eine erste Annäherung an eine solcherart umrissene Forschungsaufgabe bilden. Erschwert wird die Analyse in erster Linie durch die schlechte Materiallage und den Ausschluß empirischer Untersuchungsmethoden, die im Zusammenhang mit westlichen Staaten viel zur Absicherung (und Infragestellung) der theoretischen Befunde beigetragen haben. Einige ausführlichere Arbeiten und Dokumentationen liegen lediglich für den Bereich der Selbstzeugnisse und Aktivitäten der Friedens- und Umweltarbeit innerhalb der Evangelischen Kirchen der DDR sowie über einige Aspekte der nicht-kirchlichen Umweltdiskussion vor (vgl. Literaturverzeichnis). Darüber hinaus mangelt es auch an einem breiteren theoretischen Diskussionszusammenhang, wie er für die westlichen Staaten durch eine Vielzahl von Forschungen und Publikationen besteht. Schließlich wirkt sich auch der relativ starre Begriff von der Verfaßtheit der sozialistischen Gesellschaften und das Mißtrauen gegenüber Konvergenztheoremen in der DDR- und Kommunismusforschung bremsend auf eine versuchsweise Anwendung der für westliche Systeme gewonnenen Kategorien im Zusammenhang mit der DDR aus.

I. NSB als Problem der sozialistischen Gesellschaft

Die bisherigen Forschungen über NSB in westlichen Staaten sind gekennzeichnet von einer Unsicherheit gegenüber dem Gegenstand und liefern relativ unbestimmte Interpretationen der einem ständigen Wandel unterliegenden Phänomene. Um so wichtiger sind Versuche, wenigstens die verwendeten Begrifflichkeiten klar zu definieren. Im Kontext der sozialistischen Staaten wird analytische Exaktheit dadurch erschwert, daß die zur Disposition stehenden gesellschaftlichen Erscheinungen im Rahmen eines anders strukturierten politischen Systems wirken; äußerlich gleiche Phänomene können in Ost und West eine verschiedene Bedeutung haben, während umgekehrt symmetrische Prozesse sich in differierenden Formen ausdrücken mögen. „Soziale Bewegung" als Kategorie erscheint auf den ersten Blick gar nicht auf das sozialistische System anwendbar zu sein, weil die sozialen Bewegungen bekanntlich mit der Umwälzung der Machtverhältnisse liquidiert oder – wie die radikale Arbeiterbewegung – „verstaatlicht" wurden, so daß sie nur noch dem Schein nach als Bewegung auftreten.

Definiert wird eine soziale Bewegung in der Literatur mehr oder weniger übereinstimmend durch folgende Merkmale: 1. Eine soziale Bewegung zielt auf die Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse; 2. sie besitzt ein Minimum an organisatorischer Struktur, was sie sowohl von spontanen Unruhen als auch von festgefügten Verbänden unterscheidet; 3. sie ist getragen von bestimmten sozialen Gruppen, hat aber die Mobilisierung eines wachsenden Kreises potentiell „Betroffener" zum Ziel; 4. sie ist gekennzeichnet durch die Parallelität institutioneller und außerinstitutioneller Aktionsformen; 5. die Existenz sozialer Bewegungen hängt davon ab, daß sie in „Bewegung" bleiben; 6. soziale Bewegungen haben ein Anfang und ein Ende, die jedoch unterschiedliche Formen annehmen können; 7. sie sind meist in einen Protestzyklus eingebunden, dessen Höhepunkt eine breite Massenmobilisierung und eine Verunsicherung der herrschenden Eliten darstellt (vgl. Brand, Brüsser und Rucht 1986, S. 37 sowie Raschke 1987, S. 76ff.). Überträgt man diese Definition auf sozialistische Staaten, dürfte als einzige die polnische Gewerkschaftsbewegung

„Solidarnósc" als eine solche „soziale Bewegung" verstanden werden können. Einen Grenzfall bildet der Ungarn-Aufstand 1956, nicht darunter fallen würde der 17. Juni 1953 in der DDR.

Die moderne Industriegesellschaft, wie sie sich seit den sechziger Jahren herausbildete, hat nach Meinung zahlreicher Autoren einen historisch neuen Typ sozialer Bewegungen hervorgebracht. Joachim Raschke (1987, S. 412) bezeichnet ihn als schwach strukturierten, fluiden und offenen Typ, der von neuartigen Themen mit dem Schwerpunkt auf der soziokulturellen Sphäre, von anderen sozialen Trägergruppen (mit Humandienstleistungen Beschäftigte, „humanistische Intelligenz", Marginalisierte) sowie von einer besonderen Bewegungsstruktur gekennzeichnet ist:

- „Abwesenheit einer einheitlichen, geschlossenen Ideologie.
- Thematische Vielfalt und rascher Issuewechsel.
- Geringer Grad an organisatorischer Verfestigung, Bürokratisierung und Zentralisierung in Verbindung mit Führerfeindlichkeit.
- Hohe Variabilität der Aktionsformen bei Betonung direkter Aktion.
- Vielzahl autonomer, aber stark vernetzter Teilbewegungen."

Gegenüber früheren anti-modernistischen Strömungen werden die NSB abgegrenzt unter Hinweis darauf, daß diesmal die Bewegungen eine unmittelbare politische Relevanz besäßen und den Modernisierungsprozeß definitiv politisierten; diese Durchschlagskraft werde durch den gesellschaftlichen Transformationsprozeß selber hervorgerufen, der die Erwerbs- und Qualifikationsstruktur gewandelt, die Fabrik als Zentrum gesellschaftlicher Arbeit entwertet, die gesellschaftliche Reproduktion durchindustrialisiert und dadurch zur Auflösung sozialer Klassen und Herkunftsmilieus geführt habe, neue Problem- und Konfliktlagen und gleichzeitig ein neues Kritikpotential an systemischen Funktionalisierungsprozessen geschaffen habe (Brand, Büsser und Rucht 1986, S. 275ff.).

Bei Anwendung dieses Definitions- und Interpretationsrahmens auf alternative politische Orientierungen in der DDR, wie sie sich in der DDR in den letzten Jahren vor allem im Schutzraum der Evangelischen Kirchen verstärkt artikuliert haben, läßt sich eine ganze Reihe von zutreffenden Charakterisierungen feststellen. Gleichwohl sind die in Rede stehenden Gruppen in der Vergangenheit nur widerstrebend als „Bewegungen" charakterisiert worden Vertreter der DDR-Kirchen und kirchlich orientierte Beobachter in der Bundesrepublik haben sich wiederholt gegen diesen Begriff gewandt und das gesellschaftliche Engagement als „kirchliche Friedensarbeit" oder als „Verantwortung für die Schöpfung" bezeichnet. Ihre Einwände entspringen jedoch offensichtlich eher dem Bedürfnis nach Absicherung eines legitimierten Handlungsspielraumes dieser Aktivitäten als einer gesellschaftswissenschaftlichen Analyse, denn im politisch-sozialen System der DDR verhelfen die Evangelischen Kirchen als einzige autonome Großorganisation keineswegs nur religiösen oder kirchlichen Bestrebungen zum Ausdruck. Sie fungieren vielmehr in großem Maße als Schutzraum und Kristallisationskern allgemeiner oder marginalisierter gesellschaftlicher Stimmungen, die sich anderswo nicht artikulieren können – auch wenn die Kirche diese Rolle aus politischen Gründen lieber herunterspielt (Ehring und Dallwitz 1982, S. 33–67).

In der DDR-Forschung ist der Begriff der NSB ebenfalls mit Vorbehalt aufgenommen worden. Obwohl er – mangels einer besseren Begrifflichkeit – inzwischen immer häufiger verwendet wird, überwiegt die Skepsis, daß hier marginale Phänomene der DDR-Gesellschaft zu einer bestimmenden gesellschaftspolitischen Kraft aufgewertet werden. Unabhängig von der tatsächlich im einzelnen zu prüfenden Anwendbarkeit der Kategorie der NSB auf sozialistische Staaten erscheint es mir jedoch notwendig und überfällig, die Entstehung von alternativen politischen Orientierungen in der DDR

nicht länger nur als gesellschaftliche Randerscheinung, Äußerungen einer jugendlichen Subkultur oder kulturpolitische Widersprüche, als Übernahme westlicher kultureller Muster oder Reibungspunkte im komplizierten Verhältnis zwischen Staat, Kirche und Gesellschaft zu begreifen; vielmehr geht es darum, sie in einem breiteren Interpretationsrahmen als Ausdruck struktureller Tendenzen in hochentwickelten Industriegesellschaften zu verstehen, als Andeutung eines gesellschaftlichen Paradigmenwechsels, der durch die Widersprüche der industriellen Lebensweise auch in sozialistischen Staaten ausgelöst wird. Jene weitgefächerte westliche Diskussion über die NSB scheint jedoch derzeit allein einen solchen theoretischen Rahmen zur Verfügung zu stellen, und ihre Interpretationsansätze enthalten – wie zu zeigen sein wird – auch für sozialistische Staaten einige Plausibilität . Diese im Zusammenhang mit den sozialistischen Gesellschaften zu diskutieren ist Aufgabe der folgenden Ausführungen, nicht zuletzt um die NSB-Forschung anzuregen, auch die „östliche Dimension" ihres Gegenstandes in den Blick zu nehmen.

Mein Ansatz, die Diskussion über die NSB auf sozialistische Systeme zu übertragen, wird im übrigen von einer Reihe ungarischer Sozial- und Politikwissenschaftler geteilt, die in jüngster Zeit einige bemerkenswerte Arbeiten zur Interpretation von Bürgerbewegungen in Ungarn vorgelegt haben, die sich mit ökologischen und friedenspolitischen Fragestellungen beschäftigten (Persány 1986, Solyóm 1985/86, Szabó 1986). Die eine Gruppe von Autoren nimmt dabei die Umweltproblematik zum Ausgangspunkt und prüft die gesellschaftlichen Reaktionen, die Funktionsfähigkeit des politischen Systems und die Notwendigkeit von Veränderungen angesichts der ökologischen Herausforderung, die auch die sozialistischen Staaten treffe. Die andere Herangehensweise ist orientiert an der westlichen Diskussion über soziale Bewegungen und untersucht verwandte Phänomene im heutigen Ungarn, deren soziale und politische Ursachen analysiert werden sollen. Die Bedeutung, die einer frühzeitigen Erforschung von neuen sozialen Bewegungen und den Problemen der Akzeptanz des Modernisierungsprozesses zumindest von Teilen des Machtapparates in Ungarn zugemessen wird, läßt sich nicht zuletzt daran ablesen, daß dieses Thema auch zum Gegenstand neuer Forschungsprogramme gemacht worden ist.

II. Typologie der Bewegungen

Westliche Untersuchungen grenzen unterschiedliche Bewegungen voneinander ab, wenngleich diese häufig Berührungspunkte untereinander aufweisen und sich in einem ähnlichen sozialen und politischen Milieu entwickeln: Die Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung, die neue Frauenbewegung, die Alternativbewegung, die neue Friedensbewegung sowie teilweise auch die 3. Welt-Bewegung, die Minderheitenbewegungen (Homosexuelle, Ausländer etc.) und den Jugendprotest. Sucht man für eine solche Typologisierung nach parallelen Erscheinungen in der DDR, findet man dort zu fast allen westlichen Bewegungen Entsprechungen, wenngleich sie teilweise andere Formen annehmen.

Im Bereich der *Friedensbewegung* stoßen wir auf eine erhebliche Zahl kontinuierlich arbeitender Friedensgruppen, die sich zum überwiegenden Teil innerhalb der Evangelischen Kirchen konstituiert haben (ausführlich dazu: Büscher, Wensierski und Wolschner 1982, Ehring und Dallwitz 1982, Hücking 1982, Knabe 1986). Solche Gruppen haben sich in allen größeren bzw. allen Universitätsstädten gebildet, darüber hinaus ist aber auch in den ländlichen Gemeinden eine Reihe

von Friedensinitiativen tätig. Sie bewegen sich in einem fallweise mobilisierbaren gesellschaftlichen Umfeld, das, wie einzelne Ereignisse zeigen, über 10.000 Menschen umfassen dürfte. Ihre Arbeit steht in einer Kontinuität zu den Auseinandersetzungen in der DDR um Wiederbewaffnung und Pazifismus in den fünfziger und sechziger Jahren, die Gruppen haben aber seit Ende der siebziger Jahre in Bezug auf Anzahl und Aktivitäten eine neue Qualität angenommen. Versuche, sich außerhalb der Kirchen zu organisieren, sind in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder mit staatlichen Repressalien unterbunden worden, so daß es vielfach zu einer Verschmelzung von Anliegen und Ideologien der NSB mit religiösen Vorstellungen und kirchlich-institutionellen Interessen gekommen ist.

Sozialstrukturell stammen die aktiven Träger überwiegend aus der Altersklasse der 15- bis 35-jährigen, also jener Generation, die in den siebziger und achtziger Jahren politisch sozialisiert worden ist; über ihre berufliche und soziale Herkunft liegen keine genauen Angaben vor, aber eine Dominanz sozialer, kirchlicher oder höherqualifizierter Berufe ist ebenso anzunehmen wie ein relativ hohes Bildungsniveau (das sich in der DDR wegen der politisch selektierten Vergabe von Bildungschancen nicht unbedingt in entsprechenden formalen Qualifikationen niederschlagen muß). Die Programmatik dieser Friedensgruppen weist zahlreiche Affinitäten zu ähnlichen Gruppen in der Bundesrepublik auf, legt allerdings stärkeres Gewicht auf Pazifismus, Wehrdienstverweigerung und individuelles Handeln („Erziehung zum Frieden"), was als Reflex auf die spezifischen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR betrachtet werden kann. Zu den unmittelbaren Motivationen ihrer Tätigkeit können die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, die Beunruhigung über die Gefahr eines Nuklearkrieges und eine moralische Sensibilisierung gegenüber Rüstung, Militär und ihren negativen Folgen für die Menschheit gerechnet werden, zu den mittelbaren das Bedürfnis nach autonomer, selbstbestimmter politischer Artikulation sowie religiös-idealistische Gefühle. Die Binnenstrukturen der Friedensgruppen ähneln jenen westlicher Initiativen (Basisdemokratie), durch das jährliche Treffen „Konkret für den Frieden" sowie die kirchliche Friedensdekade im November besteht auch die Möglichkeit zu überregionaler Diskussion und Koordination.

Auch im Bereich der *Ökologiebewegung* (Büscher und Wensierski 1981, Knabe 1985) gibt es in der DDR Erscheinungen, die mit ähnlichen Phänomenen in westlichen Staaten korrespondieren: Regelmäßig zusammenkommende Umweltgruppen, deren Entstehung etwa Anfang der achtziger Jahre einsetzt; gemeinschaftliche Aktionen (freiwilliges autofreies Wochenende, Baumpflanzungen, Müllsammlungen, Kinderverschickungen in weniger schadstoffbelastete Gebiete, Fahrradumzüge etc.); Öffentlichkeitsarbeit, die sich jedoch aufgrund staatlicher Restriktionen weitgehend auf ein kirchliches Publikum beschränkt (Berichte in Kirchenzeitungen, Umwelttage und Umweltgottesdienste in den Gemeinden, Tagungen, Umweltbibliotheken in Berlin und Dresden, hektographierte Zeitschriften wie die „Umweltblätter" oder die „Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur" des Kirchlichen Forschungsheims in Wittenberg etc.). Die programmatischen Vorstellungen stimmen in vielerlei Hinsicht mit westlichen zivilisationskritischen Philosophien überein, aus denen sie sich häufig auch unmittelbar speisen. Unterschiede bestehen dagegen – ähnlich wie in der Friedensfrage – in der stärkeren Orientierung auf persönliche Verantwortung, religiöse Aspekte, moralische Fragestellungen sowie Informationsbeschaffung und Kooperationsversuche mit offiziellen Institutionen. Aufgrund der engen politischen Spielräume haben diese Gruppen bislang nur in Ausnahmefällen versucht, auf größere umweltschädliche Projekte Einfluß zu nehmen; lokale oder gar überregionale Bewegungen mit größerer Unterstützung aus der Bevölkerung (Bürgerinitiativen) haben sich bislang nicht konstituieren können. Vielmehr versuchen die Gruppen, auf der niedrigsten Aktivitätsstufe mittels Eingaben, Leserbriefen, kirchlichen Ausstellungen, Gesprächen sowie Mitarbeit in offiziellen Institutionen (Stadtbezirksbauaktiv, Gesellschaft für Natur und Umwelt) praktischen Einfluß zu nehmen. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ließ sich in der DDR darüber hinaus auch der Beginn einer *Anti-Atomkraft-Diskussion* beobachten, die in Form von Erklärungen, Eingaben an kirchliche Synoden und Stellungnahmen der Kirchen geführt wurde.

Die dritte deutlich auszumachende Strömung im Bereich der NSB wird von kirchlichen Gruppen markiert, die der *Dritte-Welt-Bewegung* zugeordnet werden können und deren Entstehung bis in die Mitte der siebziger Jahre zurückreicht. In diesen haben sich kirchliche Traditionen („Brot

für die Welt", „Gossner-Mission", „Leipziger Mission") und christliche Vorstellungen („Teilen", „Gerechtigkeit", „Nächstenliebe") mit ideologischen Axiomen des sozialistischen Systems (Anti-Imperalismus, Chile-, Nicaragua-, Südafrika-Solidarität etc.) sowie bestimmten Bewußtseinsformen der NSB („Hilfe zur Selbsthilfe", Kritik der nördlichen Industriestaaten, Forderung nach angepaßten Technologien etc.) verbunden. Der letzte Faktor hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, was sich an der zunehmenden Akzentuierung postmaterieller Werte (Wohlstandskritik, Konsumverzicht), an der Betonung des globalen Charakters der Probleme (Hunger, Überbevölkerung) sowie an den fließenden Übergängen zu anderen Bewegungen (Frieden, Umwelt) erkennen läßt. Zur praktischen Tätigkeit dieser Gruppen, die unter dem Kürzel „INKOTA" (Information, Kontakt, Tagungen) auftreten, zählen (kirchliche) Öffentlichkeitsarbeit, Sammelaktionen und Solidaritätskampagnen; auf überregionalen Treffen wie „Konkret für den Frieden" oder die „Friedenswerkstatt" in Ost-Berlin sind sie ähnlich stark präsent wie Friedens- und Umweltgruppen.

Zahlenmäßig weniger bedeutsam als in westlichen Staaten ist in der DDR die *Alternativbewegung*, insoweit diese die Verwirklichung eines alternativen Lebensstils in selbstverwalteten Wohn- und Arbeitsprojekten meint. Hier wirken sich in erster Linie die restriktiven Bedingungen des Arbeitsrechtes und der Wohnungsvergabe bremsend aus, so daß die aus der Umweltdiskussion hervorgegangene Forderung nach einem neuen Lebensstil größtenteils innerhalb der traditionellen Arbeits- und Wohnverhältnisse realisiert werden muß. Die Lebensstil-Diskussion ist innerhalb der DDR-Ökologiebewegung gleichwohl das beherrschende Thema; neben einer Reihe von „Handlungskatalogen", die Anfang der achtziger Jahre entwickelt wurden, hat das Kirchliche Forschungsheim später auch ein alternatives Kochbuch und eine Reihe von Broschüren wie „Tips für umweltgerechtes Verhalten im Alltag" oder „anders gärtnern – aber wie" herausgegeben. Darüber hinaus existiert aber auch in der DDR eine Reihe von Wohnprojekten auf dem Lande, von privaten Handwerksbetrieben (Töpferei) sowie von kirchlichen Projekten, welche durch einen speziellen Öko-Fonds gefördert werden können.[2] Schließlich praktizieren einige den Ausstieg aus der traditionellen Arbeitsgesellschaft auch durch das Abtauchen in Nischen (formales Arbeitsverhältnis durch minimale Wochenarbeitszeit in marginalen Berufen), in kirchliche Berufe oder andere halb-legale Zwischenexistenzen.

Parallele, wenn auch ähnlich gebremste Entwicklungen lassen sich in den vergangenen Jahren für den Bereich der *Minderheitenbewegung* (Homosexuelle, Lesben) sowie der *neuen Frauenbewegung* (Büscher und Wensierski 1984, S. 117–132) beobachten, deren Artikulierung in einer Gesellschaft (und einer Kirche) mit konservativer politischer Kultur auf besondere Hindernisse stößt. Seit Anfang der achtziger Jahre haben sich Homosexuelle in den Evangelischen Kirchen zu Wort gemeldet und Selbsthilfegruppen in den meisten größeren DDR-Städten gebildet (vgl. Hartmann 1985, Pieper 1987). Auch überregional trafen sich mehrfach die Mitarbeiter „Kirchlicher Lesben- und Schwulen-Arbeitskreise in der DDR", und die Theologische Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund legte im Mai 1984 eine ausführliche Studie zum Thema „Homosexuelle in der Kirche?" vor. Frauengruppen haben sich anfangs vorwiegend im Zusammenhang mit der Friedensdiskussion gebildet („Frauen für den Frieden"), doch seit 1983 fanden im kirchlichen Rahmen eine Reihe von überregionalen Frauentreffen statt, die ein wachsendes Selbstbewußtsein von Frauen- und Lesbengruppen suggerieren. Die weiblichen Emanzipationsbestrebungen lassen sich auch an den Bemühungen um eine „feministische Theologie" und eine Quotierung in den Gremien der Kirchen ablesen.

Jugendprotest (Büscher und Wensierski 1984, S. 13–36) ist seit den sechziger Jahren in der DDR immer wieder vermerkt worden – inwieweit solche Erscheinungen zum Typus der NSB gerechnet werden können, ist auch für westliche Staaten umstritten. Innerhalb der Kirchen findet eine solche jugendliche Protestkultur gewisse Artikulationsmöglichkeiten, die vor allem mit dem

2 1986 wurden in den Öko-Fonds insgesamt 15.000 Mark gespendet, mit deren Hilfe das Projekt „Grüne Scheune", ein ökologisch orientiertes Seminarheim der Kirche in Frankfurt/Oder, gefördert und die Umgebung eines Jugendheimes in Hirschluch in einen Landschaftsgarten umgewandelt wurde.

Begriff der konfliktträchtigen „Offenen Arbeit" markiert werden. Ein solches Forum waren z.B. die Ostberliner Blues-Messen und die Werkstatt-Treffen in Erfurt, Rudolfstadt oder Karl-Marx-Stadt, an denen z.T. mehrere Tausend Jugendliche teilnahmen; seit einiger Zeit sieht sich die Kirche darüber hinaus verstärkt mit dem Auftreten von Punks und Skins konfrontiert. Daß spezifische Problemstellungen auch spezifische Bewegungsthemen hervorbringen können, macht die Bedeutung der Diskussion über *Menschenrechte* und der in diesem Zusammenhang entstandenen Gruppen deutlich. Bestrebungen zur Schaffung einer „zweiten Öffentlichkeit", wie sie in der Entstehung einiger *unabhängiger Periodika* deutlich werden, könnten mit der Herausbildung der Alternativpresse in westlichen Staaten verglichen werden; zu solchen Informationsblättern zählen etwa der „ak information" der Ostberliner Samaritergemeinde, der „Grenzfall" der Initiative „Frieden und Menschenrechte", die „Umweltblätter" der Umweltbibliothek der Ostberliner Zionsgemeinde, die „gegenstimmen" oder der vom Friedenskreis der Kirchengemeinde Friedrichsfelde herausgegebene „Friedrichsfelder Feuermelder".

Alle diese Bewegungen und Strömungen bilden trotz eigenständiger Profile und teilweise tiefgreifender Differenzen eine vielfach miteinander verzahnte *Gegenkultur* in der DDR, deren wichtigstes, aber nicht alleiniges Artikulationsfeld die Evangelischen Kirchen sind. Unter ihrem Einfluß hat sich auch die Kirche selber gewandelt, wie umgekehrt von der Kirche prägende Effekte auf die Vorstellungen und Artikulationsformen dieser Alternativkultur ausgehen. Versuche, den kirchlichen Rahmen zu überschreiten, wurden – in den letzten Jahren verstärkt – immer wieder unternommen, sind vom Staat jedoch zumeist mit Mißtrauen, Ablehnung oder Repressalien beantwortet worden. Für viele der von den NSB artikulierten Themen und Aktionsformen gilt allerdings, daß sie inzwischen auch abstrahlen auf die offizielle Kultur – in welcher Gebrochenheit auch immer. Namentlich die FDJ hat hier Anleihen vorgenommen und, um nur ein Beispiel zu nennen, eingeführt, bei Kundgebungen verstärkt handgemalte Transparente mit populären Parolen („Lieber aktiv als radioaktiv") verwenden zu lassen.

Die DDR-Kirchen übernehmen im Zusammenhang mit den NSB die Rolle eines teilweise unfreiwilligen und zunehmend überforderten Kristallisationskernes allgemeiner Tendenzen in der Gesellschaft. Die SED-Führung hat diese Funktion der Kirchen im Rahmen ihrer neuen integrativen Kirchenpolitik seit 1978 zunächst nur passiv geduldet, seit Mitte der achtziger Jahre aber zunehmend aktiv selber dazu genutzt, innergesellschaftliche Probleme aus den offiziellen Kommunikationszusammenhängen herauszuhalten. Durch diese „Delegierung" von gesellschaftspolitischen Aufgaben an die Kirchen geraten diese jedoch bei dem gegenwärtigen Wachstum der gesellschaftlichen Autonomiebestrebungen und einer unverändert restriktiven Innenpolitik unter zunehmenden Druck „von oben" und „von unten", so daß die Spannungen zu beiden Seiten hin zunehmen. Für die analytische Begrifflichkeit entsteht durch die spezifische Ersatz-Funktion der Kirchen darüber hinaus das Problem der Abgrenzung zwischen bewegungsähnlichen Phänomenen und den Kirchen als Institution, die in der Wirklichkeit oftmals kaum zu trennen sind. Zwar beginnen sich inzwischen auch außerhalb der Kirchen die Konturen einer postmaterialistischen Gegenkultur abzuzeichnen, diese läßt sich jedoch wegen der schlechten Materiallage noch schwieriger analysieren als diejenige, die sich zumindest partiell in den kirchlichen Publikationen spiegelt.

III. Entstehungszusammenhänge

Die voranstehende kurze Typologisierung der Bewegungen macht deutlich, daß diese gegenüber den westlichen NSB bedeutsame Affinitäten in Bezug auf Inhalte, Formen und soziale Zusammensetzung aufweisen. Hinzukommt, daß ihre Entstehung beinahe zeitgleich erfolgt ist – mit einer geringen Zeitverschiebung zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die in ähnlicher Weise auch zwischen westlichen Ländern mit höherem und geringerem industriellen Entwicklungsniveau beobachtet wurde. Daß es sich dabei nicht um eine DDR-spezifische Dynamik handelt, zeigen verwandte Er-

scheinungen in anderen sozialistischen Ländern wie Ungarn und Jugoslawien (vgl. Knabe 1987b, S. 107ff.; Ehring 1983). Es ist anzunehmen, daß für die Entstehung der neuen Bewußtseinslagen in der DDR auch die Übernahme von (gegen-)kulturellen Mustern von Bedeutung ist, die zwischen den beiden deutschen Staaten besonders leicht vonstatten gehen kann; solche Adaptationen kultureller Orientierungen sind jedoch ein internationales Phänomen, wie die Verbreitung der Punk-Kultur zeigt, und wären ohne Resonanzboden in der jeweiligen Lebenswelt nicht denkbar.

1. Der Problemhorizont

Die Disposition zur Bildung von NSB und den ihnen zugrunde liegenden neuen Bewußtseinslagen hängt eng mit der Existenz bzw. Wahrnehmung eines spezifischen Problemhorizontes zusammen: Sicherheitspolitische Fragen, Umweltzerstörung, globale Probleme, mangelnde Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungen, restriktive Reaktionen von Staat und Gesellschaft auf Minderheiten und emanzipatorische Bestrebungen, neuartige soziale und kulturelle Mangellagen sowie ein allgemeiner Verlust an traditioneller Lebenswelt und persönlichem Lebenssinn. Als verantwortlich für diese Kombination von Problemen erscheint ein sich selbst als Fortschritt interpretierender Modernisierungsprozeß, dessen zeitliche Dynamik und geographische Ausdehnung ein in der Geschichte einzigartiges Ausmaß erreicht haben. Die NSB richten sich dabei weniger gegen eine spezifische – kapitalistische oder sozialistische – Organisation der industriegesellschaftlichen Modernisierung, sondern gegen die funktionale Logik der Moderne, als deren Kosten und Folgen die oben genannten Probleme erscheinen.

Auch die sozialistische Industriegesellschaft der DDR basiert nicht auf einem fundamental anderen Zivilisationsmodell. Produktionsweise und favorisierte Technologien gleichen ebenso den in anderen Industriestaaten verwendeten wie die gesamte industriegesellschaftliche Lebensweise. Zwar gibt es gegenüber der Bundesrepublik Unterschiede und einen Zeitverzug bei der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern, doch langfristig nivellieren sich diese durch das Erreichen der Sättigungsgrenzen.[3] Die sozialistischen Staaten nehmen wegen ihrer relativen Schwäche im Bereich des Produktivitätszuwachses und aufgrund ihres geringen industriellen Entwicklungsgrades, der mit einer zeitlichen Verzögerung dem der führenden Ökonomien folgt, unter den Industriestaaten eine mittlere Position ein. Die Einebnung systemarer Differenzen zugunsten eines breiten Fundaments gemeinsamer Strukturen und symmetrischer Prozesse in Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen wird durch die Entscheidung der kommunistischen Parteien für die Öffnung zum Weltmarkt und die Akzeptanz seiner systemaren Differenzen nivellierenden Kraft weiter vorangetrieben.

Die Ausgangsbedingungen bei den von den NSB thematisierten Problemfeldern sind in den sozialistischen Ländern Europas grundsätzlich ähnlich wie in westlichen Staaten. Die Qualität der Umweltmedien in der DDR ist nicht besser, sondern eher schlechter zu bewerten als in der Bundesrepublik (Schwartau 1985). Die Friedensfrage besitzt durch die Militarisierung der zivilen Gesellschaft zusätzlich eine spürbarere innere Dimension (Ehring und Dallwitz 1982, S. 12–32). Die einseitige materielle Befriedungsstrategie der SED bewirkt auch unter sozialistischen Bedingungen über die

3 Je 100 Haushalte wurden in der DDR Ende 1982 42 PKW (Bundesrepublik: 78), 159 Radiogeräte (153), 111 Fernsehempfänger (121), 119 Kühlschränke (159), 91 Waschmaschinen (99), 97 Staubsauger (105), 36 Plattenspieler (71) und 22 Telefone (89) gezählt (vgl. Zahlenspiegel, S. 79).

ökologischen Schäden hinaus ein Überschreiten der „sozialen Grenzen des Wachstums" (Hirsch), also jenes Punktes, wo eine Verallgemeinerung des Wohlstandes nicht realisierbar ist oder für den einzelnen als Verlust erfahrbar wird (Staus, Massentourismus). Globale Probleme wie die steigenden Rüstungsausgaben, die Gefahr eines Nuklearkrieges, Hunger und Unterentwicklung in der Dritten Welt sowie globale Umweltschäden betreffen die DDR in gleicher Weise und lösen, wenn sie in den Blick geraten, Zukunftsängste und Zweifel an der Problemlösungskapazität der herrschenden politischen Systeme aus.

Überträgt man die für westliche Staaten formulierte These von der Entfremdung zwischen dem politischen Institutionengefüge und (Teilen) der Gesellschaft als Motor für die Herausbildung von NSB, stößt man im sozialistischen System auf eine – historisch und strukturell bedingte – erheblich größere Dichotomie zwischen denen, die den Partei- und Staatsapparat kontrollieren, und jenen, über deren Lebensumstände von diesem Apparat entschieden wird. Durchlässigkeit und Integrationsfähigkeit des politischen Systems sind gering, seine zentralistische Struktur erweist sich für Innovationen, Anstöße und Interessensartikulation „von unten" als übermäßig verschlossen, weil die Machtelite beständig um ihre Hegemonie fürchtet. Die ohnehin bestehende Tendenz in modernen Industriegesellschaften zur Bildung großer Apparate und mächtiger Bürokratien, erfährt im politischen System des Sozialismus, das von der Vorherrschaft eines bürokratischen Institutionengefüges geprägt ist, eine besonders krasse Ausformung. Auch die ungebrochene obrigkeitsstaatliche politische Kultur in der DDR und das Fortleben patriarchalischer Strukturen trotz weitgehender Integration der Frauen in den Arbeitsprozeß stehen in Widerspruch zu den im Zuge des ökonomischen und sozialen Modernisierungsprozesses gewachsenen Emanzipations- und Partizipationsbestrebungen.

Auf der anderen Seite werden in sozialistischen Staaten die „neuen" Problemfelder häufig von den ungelösten „alten" Problemen überlagert. Dazu zählen angesichts des geringeren wirtschaftlichen Entwicklungsgrades sowie struktureller Schwächen der Planökonomie die unbewältigten traditionellen Modernisierungsaufgaben und die damit zusammenhängenden sozialen und Versorgungsprobleme (Warenengpässe, niedriges Konsumniveau, Wohnraumnot, Armut), die die Herausbildung eines postmaterialistischen Bewußtseins behindern. Zum anderen sind darunter solche Probleme zu fassen, die in westlichen Gesellschaften von traditionellen Bewegungen artikuliert werden oder bereits gelöst worden sind (soziale Interessenvertretungen, ökonomische Freiheiten, repräsentative Demokratie, nationale Selbstbestimmung). Beide Faktoren bestimmen auch den Ideenhorizont und die Rolle von alternativen Gruppen in sozialistischen Gesellschaften.

Eine Reihe von Problemen, die in westlichen Industriestaaten als Motor von NSB fungieren, kann unter sozialistischen Bedingungen auch ausfallen. Zum einen ist die Sensibilität für Fragen des Nord-Süd-Konfliktes in den RGW-Staaten gemeinhin geringer, was u.a. auf ihre eigene periphäre Rolle in der Weltökonomie und auf ihr gegenüber den hochentwickelten westlichen Staaten niedrigeres Konsumniveau zurückgeführt werden kann. Zum anderen spielen die mit dem Zerfall der traditionellen Arbeitsgesellschaft zusammenhängenden Probleme der Arbeitslosigkeit und Zukunftsunsicherheit in der DDR (noch) keine bewußtseinsbestimmende Rolle. Staatsverschuldung, Rationalisierungszwänge und sinkende Wachstumsraten könnten aber auch in sozialistischen Ländern die traditionelle soziale Sicherheit auflockern und – wie in Jugoslawien oder Ungarn – zu einer Verschärfung der gesellschaftlichen Spannungen, zu Entlassungen und zu einem Überschuß hochqualifizierter Arbeitskräfte führen. Grundsätzlich dürfte jedoch auch für sozialistische Staaten gelten, daß die bloße Existenz des spezifischen Problemhorizontes des Modernisierungsprozesses

nicht zur Herausbildung von NSB führt, sondern daß ihre selektive Verarbeitung und eine erhöhte Sensibilisierung hinzukommen müssen. Diese korrelieren in westlichen Staaten mit bestimmten sozialstrukturellen Prozessen und Werteverschiebungen.

2. Sozialstrukturelle Verschiebungen

Westliche und östliche Sozialwissenschaftler gehen davon aus, daß die vom industriellen Modernisierungsprozeß nach dem II. Weltkrieg ausgelösten ökonomischen und sozialen Veränderungen wesentlich zur Entstehung der NSB beigetragen haben. In der DDR haben die Entwicklung des technischen Fortschritts und seine Auswirkungen auf Produktion und Reproduktion vergleichbare Resultate wie in hochentwickelten westlichen Industriestaaten hervorgebracht: In der Beschäftigungs- und Produktionsstruktur kam es zu einer für wachsende Industriegesellschaften typischen Umschichtung. So verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft, während jene im Dienstleistungsbereich zunahm.[4] Zwar blieb die Beschäftigtenzahl im produktiven Gewerbe in etwa konstant, Mechanisierung und Automatisierung haben jedoch eine Veränderung der Qualifikationsstruktur und eine Polarisierung in intellektuell anspruchsvolle und in monotone Routinearbeiten hervorgerufen. Die gestiegene Bedeutung von Planungs-, Steuerungs- und Dienstleistungsaufgaben führte zum Anwachsen einer „neuen Mittelschicht", während sich das klassische Industrieproletariat – z.B. im Bergbau – dezimiert hat und damit die Bedeutung des industriellen Typus der Arbeit mit wenig Möglichkeiten der Selbstbestimmung insgesamt zurückgegangen ist. Die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualifikation bewirkt eine Verlängerung der Postadoleszenz und eine Freisetzung individueller Selbstgestaltungs- und Partizipationsansprüche. Die „soziale Modernisierung" einschließlich der Differenzierung der Gesellschaft nach Leistungskriterien wird inzwischen auch in der DDR als notwendige Voraussetzung für ökonomischen Fortschritt betrachtet und dem egalitären Gesellschaftsmodell früherer Jahre in der wissenschaftlichen und ideologischen Diskussion offensiv entgegengestellt (vgl. Belwe 1983).

Auch im Reproduktionsbereich hat der Modernisierungsprozeß einschneidende Folgen: Das Wohlstandsniveau ist angestiegen, das Alltagsleben wurde durch die Massenmotorisierung und die Technisierung der Haushalte revolutioniert und vereinheitlicht. Dadurch wurden die differierenden sozialen und kulturellen Milieus eingeebnet, gleichzeitig kam es zu einer Individualisierung, die einerseits als Vereinzelung, andererseits als Freisetzung von individuellen Emanzipationschancen wirkt. Der Fonds diskretionaler Freizeit steigt durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die Reduzierung der für die Reproduktion erforderlichen Tätigkeiten an, während gleichzeitig die Arbeit an gesellschaftlicher Bedeutung verliert. Aufgrund solcher Wandlungen in Produktion und Reproduktion ist auch die DDR – mit einem gewissen Zeitverzug – auf dem Weg zur „nachindustriellen" Gesellschaft.

Diese Entwicklung legt die Annahme nahe, daß das spezifische soziale Milieu, aus dem

4 Die Zahl der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft sank zwischen 1960 und 1982 von 16,9 auf 10,0 Prozent, die Zahl der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten stieg von 17,9 auf 24,9 Prozent (vgl. DDR-Handbuch, S. 55, und Zahlenspiegel, S. 38).

sich in westlichen Gesellschaften die NSB speisen, auch in der DDR angewachsen ist. Tatsächlich lassen sich zwischen den westlichen und östlichen Bewegungen Übereinstimmungen in ihrer soziostrukturellen Zusammensetzung feststellen: Es dominieren jüngere, überdurchschnittlich gebildete, informierte und moralisch sensible Menschen, für die die politische Tätigkeit eine Form der Selbstverwirklichung ist. Ihr Persönlichkeitsprofil ähnelt dem von Studenten und Angehörigen intellektueller oder sozialkultureller Berufe, wenngleich ihr tatsächlicher beruflicher Status aufgrund des hohen an diese sozialen Gruppen gerichteten Loyalitätsanspruches ein anderer sein kann; obwohl es darüber keine Untersuchungen gibt, dürften Wissenschaftler, Ärzte, Angehörige kirchlicher Berufe, Ausübende von Nischen-Beschäftigungen, in der Ausbildung Befindliche sowie solche, denen aus politischen Gründen ein beruflicher Aufstieg verwehrt ist, zu den dominierenden Trägergruppen gehören. Ein wichtiges Segment in den neuen Bewegungen stellen darüber hinaus gesellschaftlich marginalisierte Gruppen wie Studien- und Berufsabbrecher, Aussteiger und sozial benachteiligte Jugendliche dar. Aufgrund der Abgeschlossenheit des politischen Systems haben die Träger der NSB-Ambitionen in der DDR in der Regel keinen Zugang zu den offiziellen Institutionen der Entscheidungsfindung, verkörpern jedoch einen – durch geistige Kompetenz begründeten – Anspruch auf Partizipation an den politischen Prozessen.

Als wesentliche Abweichung von der Entwicklung in den hochentwickelten westlichen Staaten muß bislang noch der weitgehende Fortbestand der traditionellen Arbeitsgesellschaft gelten, die durch neu eingeräumte Spielräume für private unternehmerische Tätigkeit im Zuge von ökonomischen Reformen sogar kurzfristig prosperieren kann. Dadurch ist die Freisetzung einer breiten Schicht gebildeter Menschen, die nur sporadisch oder gar nicht oder in sehr flexibler Weise in den Arbeitsprozeß integriert ist, bislang blockiert. Durch die rasche Integration in das Berufsleben und die Familiengründung ist die jugendliche Sozialisationsperiode meist mit etwa 25 Jahren abgeschlossen, während sie in westlichen Staaten häufig bis in das 30. oder sogar 40. Lebensjahr ausgedehnt wird. Auch die praktischen Möglichkeiten für einen freiwilligen „Ausstieg" aus der Arbeitsgesellschaft und damit der Spielraum für die Entfaltung einer postmateriellen Lebensweise sind relativ klein.

Durch die staatliche Berufslenkung, durch die Verschulung und zeitliche Begrenzung des Studiums, durch den größeren Zwang zur vollen Integration in den Arbeitsprozeß, durch das weitgehende Fehlen von Sozialleistungen für Nicht-Berufstätige, durch die längere Arbeitszeit usw. kann sich der aus westlichen Gesellschaften bekannte Typus der gebildeten Persönlichkeit mit viel Freizeit, hohen Ansprüchen gegenüber der Lebensqualität und Ambitionen für eine postmaterialistische Lebensweise nur in einer beschränkten Zahl von Fällen herausbilden. Dazu zählen bislang in erster Linie nur die Angehörigen freier Berufe (Designer, Künstler, Kunsthandwerker, einige Publizisten und Psychologen etc.), Mitarbeiter der Kirche, ein Teil der Intelligenz und der in den Humandienstleistungen Beschäftigten, Studenten besonders privilegierter Studiengänge (Kunst, Philosophie, Theologie) sowie Ausübende von Nischen-Beschäftigungen, während die übrigen Beschäftigten in der nicht-produktiven Sphäre (Wissenschaftler, Journalisten, Lehrer) in der DDR einem besonders hohen Maß an Kontrolle und Loyalitätszwang ausgesetzt sind. Dennoch weisen eine Extrapolierung der bisherigen Tendenzen in die Zukunft sowie die Erfahrungen in anderen sozialistischen Staaten eher auf eine Bestärkung der aus den westlichen Gesellschaften bekannten sozialen Trends als in die umgekehrte Richtung.

3. Wertewandel

Der ökonomische und soziale Wandel in den entwickelten Industriegesellschaften wird von der NSB-Forschung für einen tiefgreifenden Wandel von Werten, Normen und Überzeugungen in einem Teil der Gesellschaft verantwortlich gemacht, der besonders deutlich wird in der jüngeren Generation (vgl. Allerbeck 1985, Inglehart 1977, Klages 1984). Auch in der DDR sind inzwischen solche Verschiebungen der Werte und Bedürfnisse zu beobachten, wenngleich es kaum statistische Angaben darüber gibt. Nicht zuletzt durch die Wirkung westlicher Medien wird die Herausbildung soziokultureller Orientierungen ähnlich determiniert wie in der Bundesrepublik. Namentlich die Sensibilität gegenüber Umweltproblemen scheint in der DDR unter diesem Eindruck in den letzten Jahren angewachsen zu sein[5] und leuchtet dort besonders deutlich auf, wo sich die politische Kultur am offensten präsentiert: in der Kunst, in der Literatur und in den Kirchen (vgl. Knabe 1985a und 1985b). Sie dürfte in Zukunft noch zunehmen, weil sie durch den ökologischen Bewußtseinsvorsprung in der Bundesrepublik, durch den Zuwachs an Informationen und durch schockartige Erfahrungen mit Umwelt-Katastrophen weiter stimuliert wird. Die einseitige Orientierung der SED auf ökonomisches Wachstum und die damit einhergehende „Modernisierung" der Lebens- und Produktionsweise vergrößert die Kluft zwischen solchen Ambitionen und der Politik des Staates.

Der Generationenwechsel spielt dabei in der DDR eine besondere Rolle – ein Drittel der Bevölkerung wurde nach dem Mauerbau von 1961 geboren –, weil die heute 15–30jährigen den Sozialismus nur noch in seiner stabilisierten Form erfahren haben. Während die ältere Generation von den Erfahrungen des Krieges und der entbehrungsreichen „Aufbaujahre" sowie von der politischen Kultur zweier aufeinanderfolgender Diktaturen geprägt wurde, ist die jüngere Generation in Verhältnissen materieller und persönlicher Sicherheit mit vergleichsweise hohem Lebensstandard und reduzierter politischer Repression groß geworden. Auch in der DDR ist es dadurch zu einer Erosion tradierter Deutungs- und Wertsysteme wie Disziplin, Fleiß, Arbeits- und Leistungsethos, Familie etc. gekommen, partiell tendiert die junge Generation zu neuen, hedonistischen Werten und postmaterialistischen Bedürfnissen (gesunde Ernährung, weniger Fleischverbrauch, neue Naturverbundenheit etc.). Zugleich lehnt sie vermehrt die für die ältere Generation von DDR-Bürgern geradezu konstitutiv erscheinende Identitätsspaltung in ein öffentliches und ein privates Leben ab und sucht nach einer glaubwürdigen Einheit.

Es wächst das Potential, das danach strebt, die neuen postmaterialistischen Orientierungen zu artikulieren und gegebenenfalls bereit ist, sich auch an Bewegungen zu beteiligen oder solche zu initiieren. Die Führung sieht sich – auch bei anderen Themen wie zum Beispiel Ausreise – mit einer neuen Form von Dissens und Bürgertätigkeit

5 Zu den spärlichen statistischen Angaben zählt eine Erhebung aus dem Jahre 1971, bei der von 800 befragten Personen in Bitterfeld und Schwerin über 90 Prozent angaben, daß sie die Luftverschmutzung für gesundheitsschädlich hielten, zwei Drittel der Befragten aus Bitterfeld wollten ihren Wohnort wechseln. Und nach einem 1974 angefertigten Bericht fühlten sich 30 Prozent der DDR-Bürger in ihrem Wohnbereich durch Lärm gestört (vgl. Würth 1985, S. 63).

konfrontiert, für die sie keine Integrationsstrategien bereithält. Die gestiegene Bereitschaft zum Engagement hängt dabei auch mit der Stabilisierung der DDR zusammen, denn die im Sozialismus herangewachsene Generation betrachtet die sie umgebenden Verhältnisse nicht mehr als provisorisch und nimmt gerade deshalb größere Partizipationsmöglichkeiten im eigenen Land in Anspruch.

Solche Werteverschiebungen spiegeln sich deutlich in Form und Inhalt der neuen Bewegungen. Ihre programmatischen Vorstellungen sind eng verwandt mit denen der westlichen NSB, und auch ihre innere Organisation ist ähnlich. Sie stellen für die gesellschaftliche und politische Entwicklung Kriterien auf wie ökologisch, sozial, gewaltfrei, basisdemokratisch, gerecht, wodurch grundlegende Orientierungen der traditionellen Politik – militärische Sicherheit, wissenschaftlich-technischer Fortschritt, politische Macht, ökonomisches Wachstum – in Frage gestellt werden. In den Grundpfeilern ihres Selbstverständnisses (vgl. dazu Knabe 1985, S. 172–182) stellen sie sich gegen das dominante Zivilisationsmodell und der damit verbundenen Lebensweise, während sie sich in der konkreten Ausformung ihrer Ideenwelt vor allem an Mißständen in der DDR reiben.

Die Bundesrepublik ist im Gegensatz zur dominanten Form des Dissenses in der älteren Generation für die Träger der NSB in der DDR nicht mehr per se das Modell einer „besseren" Gesellschaft, wenngleich ihnen einzelne Aspekte dort eher realisiert, andere dagegen schlechter verwirklicht erscheinen. Vielmehr artikulieren sie mehr oder weniger stark ein Verlangen nach einem „dritten Weg" zwischen den herrschenden Systemen und Ideologien sowie zwischen den erstarrten innenpolitischen Fronten von Staat und Opposition. Alte Polarisierungen (rechts/links, Sozialismus/Kapitalismus) werden aufgeweicht und durch den Konflikt um die Lebensweisen sowie um punktuelle Veränderungen ersetzt. Sie streben dabei nicht wie frühere soziale Bewegungen gewaltsame, revolutionäre oder auf die Eroberung der politischen Macht zielende Veränderungen an, sondern folgen einer Strategie der politischen Selbstbeschränkung und des konkreten, individuellen, ideellen, also evolutionären Wandels aus einem residualisierten Machtstatus heraus. Wie in anderen hochentwickelten Industriegesellschaften auch, bilden die NSB keine neue geschlossene Ideologie heraus, sondern folgen vielfältigen, wechselnden und von gesellschaftlichen Stimmungen abhängigen Vorstellungen.

Ihre Programmatik bewegt sich auch in partieller Abhängigkeit zur offiziellen politischen Kultur, die von der monopolisierten Machtstruktur vorgegeben wird. Einerseits sind, um den frontalen Konflikt mit der Staatsmacht zu vermeiden die Forderungen und Aktionsformen der NSB in der DDR vielfach weniger radikal als in westlichen Staaten und appellieren stärker an Verhaltenskorrekturen beim einzelnen; andererseits erscheinen sie im Vergleich zu den im „Integrationssog" der parlamentarischen Demokratie stehenden und zunehmend dem Zwang zur Realpolitik ausgesetzten Bewegungen in der Bundesrepublik als besonders „rein", „glaubwürdig" und idealistisch. Schließlich finden sich in ihren Vorstellungen auch zahlreiche Adaptationen aus der offiziellen Ideologie, auf die sie sich zwangsläufig beziehen müssen und deren marxistischen Deutungsmuster ihrer Suche nach einem weltgesellschaftlich „vernünftigen" Entwicklungsweg entgegenkommen.

Neben solchen systembedingten Spezifika verweisen die Affinitäten, die das pazifistisch-ökologische Engagement gerade in den beiden deutschen Staaten aufweist, auch auf gemeinsame historische und politisch-kulturelle Traditionen, die die DDR in ähnlicher Weise „anfällig" machen für die Themen der „neuen Politik" wie die Bundesrepublik, während sie in Frankreich oder Polen weitaus weniger relevant sind. Die Identitätslosigkeit der Deutschen und das rasche Nachlassen ideologischer Bindungen nach dem Zweiten Weltkrieg (Nation, Religion, Klassenzugehörigkeit) könnten ein Vakuum geschaffen haben, in dem Entfremdung, Werteverlust und Zukunftsprobleme wie Frieden und Umwelt mit größerer Intensität empfunden werden als in den benachbarten Staaten. Die Bereitschaft der jüngeren Generation zu hoher moralischer Sensibilität dürfte auch

eine Reaktion auf die Erfahrung des Faschismus und seine mangelhafte Verarbeitung durch die Mehrheit der Bevölkerung sein, was sich in der DDR u. a. an der hohen Priorität ablesen läßt, die dieses Thema bis heute in der kirchlichen Öffentlichkeit genießt.

Die Bedeutung des so beschriebenen partiellen postmaterialistischen Wertewandels wird in der DDR jedoch bis auf weiteres durch den zuwiderlaufenden, unabgeschlossenen Prozeß der Herausbildung einer materialistischen Wertordnung relativiert, die sich materiell und politisch im wesentlichen erst seit dem Beginn der Honecker-Ära konstituieren kann. Der Nachholbedarf im Konsum und die Defizite gegenüber der Bundesrepublik verleihen den Waren einen Fetischcharakter, den sie in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten nur in den fünfziger und sechziger Jahren besaßen, und die ungelösten Aufgaben im traditionellen Modernisierungsprozeß lassen dessen bewußte Ablehnung oftmals nicht zu. Die ungebrochene obrigkeitsstaatliche Tradition und der Ausfall einer kulturrevolutionären Kraft wie die Studentenbewegung der späten sechziger Jahre wirken zudem stark restriktiv auf die Entstehung emanzipatorischer Bestrebungen. Die verspätet entstandene und legitimierte materialistische Wertordnung verbindet sich in der DDR mit kollektivistischen, provinzialistischen, kleinbürgerlichen, traditionalistischen und nationalistischen Elementen zu einem von der traditionellen Politik geförderten und repräsentierten Mehrheits-Bewußtsein, das die postmaterialistischen Orientierungen in ein doppeltes – staatliches und gesellschaftliches – Getto sperrt. Das autoritäre Erbe und der Modernisierungsverzug bremsen den Zerfall der alten und die Herausbildung neuer Werte – ein Prozeß, der auch in einigen westlichen Industriestaaten beobachtet werden kann. Neben diesen sowie den Ländern der Dritten Welt verkörpern die sozialistischen Staaten einen dritten Typus geringer entwickelter Industriestaaten, der, ebenso wie diese, auch eine geringere Intensität in der Entwicklung postmaterialistischen Bewußtseins aufweist.

IV. Reaktionen des politischen Systems

Aufgrund der bisherigen Analyse läßt sich zusammenfassend feststellen, daß prinzipiell auch in sozialistischen Industriegesellschaften und namentlich in der DDR eine Disposition zur Herausbildung von NSB besteht, die allerdings eingeschränkt wird von den genannten Spezifika. Sozialstrukturelle und Werte-Verschiebungen schaffen jedoch nur die *Bereitschaft* in einem spezifischen gesellschaftlichen Spektrum, sich für antimodernistische, postmaterialistische Stimmungen und emanzipatorisch-partizipatorische Bestrebungen zu öffnen, und führen nicht automatisch dazu, daß bestimmte Probleme in Form einer Bewegung artikuliert werden. Als entscheidender Faktor treten die Struktur des politischen Systems und die jeweilige politische Kultur hinzu.

Während für westliche Gesellschaften häufig die Entfremdung zwischen Bürger und Staat als Ursache für die Entstehung von NSB angeführt wird, führt die autoritäre Struktur des politischen Systems in der DDR keineswegs dazu, daß andere, autonome Formen der Interessensartikulation an dem traditionellen Institutionengefüge vorbeiwachsen, sondern versetzt im Gegenteil die Gesellschaft in einen passiven, amorphen Zustand, den selbst diktatorische kapitalistische Systeme nicht erzeugen können. Das

strukturelle Legitimationsdefizit der herrschenden Eliten in Osteuropa führt dazu, daß diese jede unabhängige Interessensartikulation als Bedrohung der hierarchischen Macht- und Entscheidungsstrukturen betrachten und deshalb an dem Modell der atomisierten Gesellschaft festzuhalten versuchen, die sich nur in den kontrollierten offiziellen Institutionen ausdrücken kann.

Darüber hinaus entwickelt das politische System noch eine spezifische Abwehr gegen die NSB, obwohl es durchaus programmatische Gemeinsamkeiten zwischen ihnen und der offiziellen Ideologie gibt, wie sie von der DDR-Führung etwa in der Friedenspolitik vertreten wird. Über die prinzipielle Blockade unabhängiger Bewegungen hinaus erscheinen dem politischen System die in den NSB aufgehobenen neuen Werte und Lebensweisen als systemfremd und gefährlich, so daß es sich ihnen gegenüber abschottet und in eine politische und ideologische Abwehrstellung begibt, wie zahlreiche Veröffentlichungen vor allem in den siebziger Jahren bezeugen. Die neuen Orientierungen kollidieren mit dem Befriedungskonzept durch ökonomisches Wachstum, mit kurzfristigen Interessen der Machtgruppen und wirtschaftlichen Lobbys, aber auch mit dem industriell-materialistischen Mehrheitsbewußtsein der Gesellschaft, als dessen Exekutor der Partei- und Staatsapparat auftritt.

Andererseits hat die DDR im Zuge des Übergangs von der extensiven auf die intensiv erweiterte Reproduktion eine Entwicklung eingeschlagen, in der die Autonomie der Institutionen der zivilen Gesellschaft relativ anwächst und integrative Strategien gegenüber der Bevölkerung bevorzugt werden, was mittelbar auch die Entstehung unabhängiger Gruppen und Bewegungen erleichtert. Sie hat sich zugleich den Folgen einer Internationalisierung der Politik zu stellen, die sie durch ihre eigene ambitionierte Außenpolitik gefördert hat und die sie abhängiger machen von international gültigen politischen Normen. Sie hat sich schließlich an ihre eigene Ideologie gefesselt, indem sie die großen Themen der NSB zum Gegenstand einer immensen Propaganda und „Zwangspolitisierung" der Gesellschaft gemacht hat, auf die sich die Gruppen berufen können. So kommt es dazu, daß sich auch allgemeine gesellschaftliche Autonomiebestrebungen ausgerechnet an den Themen der NSB formieren, während die uneingelösten Forderungen der „alten" Bewegungen (politische Demokratie, Vereinigungsfreiheit etc.) sofort in einen fundamentalen Konflikt mit dem politischen System führen würden, wie die Behandlung von Dissidentengruppen zeigt.

Die monopolisierte Struktur des politischen Systems zwingt die Bewegungen jedoch dazu, unter sozialistischen Bedingungen spezifische Formen anzunehmen, die durch eine niedrige Stufe der Bewegungsdynamik und eine starke Tendenz zur Institutionalisierung gekennzeichnet sind, was mit dem traditionellen Übergewicht des Staates gegenüber der zivilen Gesellschaft in Osteuropa korrespondiert. Der Zwang zu Kompromissen mit der Machtelite und der Mangel eines ideologischen Pluralismus prägen auch die Vorstellungen dieser Bewegungen und schließen radikalisierte Aktionsformen, wie sie für westliche Staaten typisch sind, aus. Insofern ist der NSB-Begriff im Zusammenhang mit sozialistischen Gesellschaften nur sinnvoll zu gebrauchen, wenn man ihn differenziert.

Der westliche Typus der *offenen Bewegung* hat in der DDR bislang keine Existenzmöglichkeiten. Voraussetzung dazu wäre eine Lockerung des politischen Systems, die

das Organisationsmonopol der Partei und der von ihr gesteuerten offiziellen Organisationen zumindest partiell aufheben würde. Ansätze zu einem solchen Bewegungstypus sind jedoch in Ungarn und in Slowenien erkennbar, wo sich die Reformoption am stärksten durchgesetzt hat. In der DDR werden die neuen Ambitionen stattdessen vorrangig in den abgezirkelten, kontrollierbaren Rahmen der Evangelischen Kirchen verschoben, was dem Bedürfnis ihrer Träger nach Legalität und institutioneller Absicherung entgegenkommt. Dadurch kann der Dissens von der Gesamtgesellschaft isoliert werden, dessen Artikulation sonst nur zu einem hohen innen- und außenpolitischen Preis zu verhindern wäre. Dieser Typus der *halb-autonomen Bewegung* ist zur Selbstbegrenzung gezwungen und stark geprägt vom Eigengewicht der „Mutter-Institution"; die neuen Bewußtseinslagen vermischen sich mit religiösen Gefühlen, verfügen aber im Schutzraum der Kirchen über eine relative organisatorische und ideologische Autonomie. Die enge Verknüpfung mit den Kirchen bedeutet einerseits Entweltlichung und Isolation, gibt andererseits aber auch die Möglichkeit, über die Gemeinden einen relativ breiten sozialen Ausschnitt aus der Gesellschaft anzusprechen.

Ein solches Hineinschlüpfen von Bewegungsambitionen in die organisatorische Hülle einer staatlich legitimierten Institution ist in der deutschen Geschichte nicht ohne Analogie; schon zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts artikulierten sich die frühbürgerlichen Bewegungen in bewegungsfremden Formen wie Turnverbänden oder Festen, um staatliche Repressalien zu unterlaufen (Raschke 1987, S. 27) – eine ähnliche Funktion haben heute Kirchen und Gottesdienste in der DDR. Sind Ansätze erkennbar, daß die DDR-Gruppen ihre zersplitterte organisatorische Form aufheben und ihre Dynamik durch vereinheitlichende Forderungen oder Symbole – z.B. der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" (vgl. Ehring und Dallwitz 1982, S. 63f.) – zu einer landesweiten offenen Bewegung tendieren könnte, daß sie den „geschlossenen Raum" der Kirchen durch öffentliche Aktionen verlassen und der christliche Bezug verloren gehen könnte, setzen staatliche Restriktionen ein und zwingen die Bewegung wieder in ihre alte Form.

Darüber hinaus stoßen wir in sozialistischen Staaten auf den Typus der *Vorform der Bewegung*, d.h. bestimmte ideologisch-politische Themen, die geeignet wären, eine Bewegung zu entfachen, bleiben auf einer niedrigen Stufe der Bewegungsdynamik hängen und können sich nur in der Privatsphäre, in internen beruflichen Zusammenhängen, in einem bestimmten Teil des kulturellen Sektors, der jugendlichen Subkultur oder der Medien artikulieren. Weil sich die prinzipielle Bewegungsbereitschaft nur unter politisch offeneren Bedingungen an bestimmte Themen kristallisieren und dort die Dynamik einer Bewegung entwickeln kann, bleibt sie latent und äußert sich nur als schleichender Bewußtseinswandel. Ob diese Disposition einmal die Form einer Bewegung annimmt, hängt von ihren Entfaltungsmöglichkeiten, der gesellschaftlichen Resonanz sowie den komplizierten Gesetzen der Bewegungsdynamik ab, die bislang auch für westliche Gesellschaften weitgehend unerforscht sind.

In manchen sozialistischen Staaten, in denen die Kirche als Schutzraum für solche Bestrebungen ausfällt oder unabhängige politische Tätigkeit nur die Form einer isolierten Dissidentengruppe annehmen kann, könnte man darüber hinaus vom Typus der *marginalisierten Bewegung* sprechen, wofür die Aktivitäten auf den Themenfeldern der „neuen Politik" durch die Charta 77, die sowjetische Friedensgruppe „Trust", die polnische Gruppe „Frieden und Menschenrechte" oder die Demokratische Opposition in Ungarn Beispiele sind.

Von besonderer Bedeutung in den sozialistischen Staaten ist schließlich der Typus der ***institutionalisierten Bewegung***, d.h. der Versuch des politischen Systems, im offiziellen Bereich Spielräume für die Artikulierung der neuen Orientierungen zu schaffen. Dieser Typus ist besonders stark in den reformorientierten Ländern ausgeprägt, in denen das politische Institutionengefüge – z. B. durch die Zulassung von Klubs und Vereinen – pluralisiert werden soll, um die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft zu verringern. In der DDR sind dies teilweise Bemühungen, die FDJ in ihren Inhalten und Formen den in der Jugend virulenten Stimmungen anzupassen. Auch die für Friedenspolitik zuständigen Institutionen (Friedensrat, CFK) werden für diesen Zweck eingesetzt. Offiziell getragene Initiativen in diesem Bereich wie die DDR-Sektion der „Internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung eines Atomkrieges" oder der „Olof-Palme-Friedensmarsch" weisen Anzeichen einer zur Integration der Bewegungsbestrebungen notwendigen Pluralisierung auf. Am sichtbarsten sind diese Anstrengungen im Bereich der Umweltproblematik, wo die Integration des neuen Bewußtseins offensichtlich als leichter, nützlicher und ungefährlicher angesehen wird als bei anderen Themenfeldern. Hier ist an erster Stelle die Belebung der „Gesellschaft für Natur und Umwelt" (vgl. Wensierski 1985) zu nennen, deren Gründung im März 1980 zunächst den Eindruck eines überwiegend formalen Aktes erweckte. Inzwischen konnten sich jedoch örtliche Gruppen der Gesellschaft in ähnlicher Weise profilieren wie kirchliche Umweltgruppen, und teilweise kommt es auch zu personellen Überschneidungen oder Abwanderungen. Staatliche Stellen haben darüber hinaus auch gegenüber kirchlichen Vertretern ihre Kooperationsbereitschaft beim Umweltengagement erklärt – zum Beispiel bei der Abwicklung von Baumpflanzaktionen. Im Zusammenhang mit der DDR-CDU ist schließlich der Versuch zu beobachten, diese Partei über den traditionellen friedenspolitischen Schwerpunkt hinaus zu einer für ökologische Fragestellungen besonders sensiblen Organisation zu profilieren.

Das Dilemma der SED ist, daß eine Politik der Öffnung und Institutionalisierung zwar dazu beitragen könnte, den gegenkulturellen Charakter der NSB zu verringern, ihre Kontrollierbarkeit zu erhöhen und das politische System insgesamt attraktiver zu gestalten. Doch der Preis, den sie dafür bezahlen müßte, wäre eine Pluralisierung der Macht und der Ideologien, wie sie in anderen sozialistischen Staaten von Reformkräften angestrebt wird. Die gegenwärtige DDR-Führung ist jedoch gegenwärtig zu einer solchen „*politischen* Modernisierung" des sozialistischen Systems, die integrative und partizipatorische Elemente stärker in den Vordergrund rücken würde, augenscheinlich nicht bereit, sondern neigt nicht zuletzt angesichts der innenpolitischen Verunsicherung durch die neue Reformpolitik in der Sowjetunion im Gegenteil zu einem starren Festhalten an den alten Formen. In diesem Sinne sind auch die mehrmaligen Anläufe, den Spielraum der unabhängigen Gruppen nach einer vorübergehenden Ausweitung im Berlin-Jahr 1987 wieder einzuschränken und ihre Wortführer aus der DDR zu entfernen, als ein Versuch zu verstehen, den innenpolitischen Status quo früherer Jahre wiederherzustellen. Es bleibt abzuwarten, wie lange die DDR-Führung in der Lage ist, auf diese Weise die politischen Folgen des selbst eingeleiteten und forcierten ökonomischen und sozialen Modernisierungsprozesses abzuwehren.

Literatur

Allerbeck, Klaus: Jugend ohne Zukunft? Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven, München/Zürich 1985.

Belwe, Katharina: Annäherung von Arbeiterklasse und Intelligenz. Eine „Nivellierung nach unten", in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 2, 1983, S. 161–167.

Brand, Karl-Werner, Detlef Büsser und *Dieter Rucht*: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/M./New York 1986.

Büscher, Wolfgang und *Peter Wensierski*: Beton ist Beton. Zivilisationskritik aus der DDR, Hattingen 1981.

–: Null Bock auf DDR, Reinbek 1984.

Büscher, Wolfgang, Peter Wensierski und *Klaus Wolschner*: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–82, Hattingen 1983.

DDR-Handbuch, Köln 1985.

Ehring, Klaus, und *Martin Dallwitz*: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982.

Ehring, Klaus: „Wie Schafe unter Wölfen". Unabhängige Friedensinitiativen in Ungarn, in: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 8, 1983, S. 597–612.

Hartmann, Matthias: Als abartig verdammt – zur Ordination berufen? Zur Diskussion über Homosexualität in DDR-Kirchen, in: Kirche im Sozialismus. Zeitschrift zu Entwicklungen in der DDR, 3, 1985, S. 111–116.

Hücking, Hans-H.: Die Friedensbewegung in der DDR, in: Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung, Frankfurt/M. 1982, S. 258–283.

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

Klages, Helmut: Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen, Frankfurt/M./New York 1984.

Knabe, Hubertus: Friedens- und Umweltengagement in der DDR, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, 3, 1986, S. 170–186.

–: Gesellschaftlicher Dissenz im Wandel. Ökologische Diskussionen und Umweltengagement in der DDR, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.) Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985, S. 169–200.

–: Zweifel an der Industriegesellschaft. Ökologische Kritik in der erzählenden DDR-Literatur, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.), Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985, S. 201–251.

– (1987a): Neue soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft. Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und Ungarn (Schriftliches Referat zur XX. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, 9.–12. Juni 1987).

– (1987b): Neue Soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft. Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und Ungarn, in: Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft. XX. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Edition Deutschland Archiv, Köln 1987, S. 106–119.

Persányi, Miklós: A környezetvédö állampolgári aktivitás fejlödése külföldön és hazánkban (Die Entwicklung der Bürgeraktivität im Umweltschutz im Ausland und in Ungarn), Manuskript, MSZMP Politikai Föiskola, Budapest 1986.

Pieper, Rüdiger: Homosexuelle in der DDR, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 9, 1987, S. 956–964.

Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M./New York 1987.

Schwartau, Cord: Die Entwicklung der Umwelt in der DDR. Neue Probleme durch Renaissance der Braunkohle, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.), Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985, S. 9–38.

Solyóm, László: A társadalom részvétele a környezetvédelemben (Die Teilnahme der Gesellschaft im Umweltschutz), in: Medvetánc. Társadalomelméleti Folyóirat (Gesellschaftstheoretische Zeitschrift), 4–5, 1985/86, S. 217–242.

Szabó, Máté: Társadalmi mozgalmak, politikai rendszer, modernizácio (Vannak-e alternativ társadalmi mozgalmak Magyarországon?) (Gesellschaftliche Bewegungen, politisches System, Mo-

dernisierung [Gibt es alternative soziale Bewegungen in Ungarn?]), OMFB REI, Budapest April 1986.

Wensierski, Peter: Die Gesellschaft für Natur und Umwelt: Kleine Innovation in der politischen Kultur der DDR, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.) Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985, S. 151–168.

Würth, Gerhard: Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR, Frankfurt/M./New York 1985.

Zahlenspiegel. Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich, Bonn 1986.

Korrespondenzanschrift:
Hubertus Knabe
Lübecker Str. 19
2800 Bremen 1

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 40, 1988, S. 551–569.